

# *Weihnachtspost 2010*

## *Rechtsanwälte Kotz*

*Siegener Straße 104 ~ 57223 Kreuztal*  
*Telefon: 02732/791079 ~ Telefax: 02732/791078*

**Homepage:** <http://www.ra-kotz.de> ~ **E-Mail:** [info@ra-kotz.de](mailto:info@ra-kotz.de)

Rundschreiben i.S.d. BGH-Urteil vom 15.03.2001 – Az. : I ZR 337/98 – vgl. hierzu: <http://www.ra-kotz.de/anwaltswerbung2.htm>

**Wichtig:** Trotz gewissenhafter Bearbeitung aller Beiträge kann eine Haftung für deren Inhalt leider nicht übernommen werden!

### **In der Weihnachtspost erläutern wir Ihnen:**

- Schneeräum- und Streupflichten im Mietrecht (*Seite 1 f.*)
- Welche Rechte und Pflichten hat man als Fitness- bzw. Sportstudiomitglied? (*Seite 4*)
- Verkehrsrecht: Winterzeit = Verkehrsunfallzeit (*Seite 5*)
- Arbeitsrecht: Fristlose Kündigung bei Beleidigung des Vorgesetzten oder eines Kollegen? (*Seite 5 f.*)
- Arbeitsrecht: Kündigung eines Arbeitnehmers wegen eines Bagatelldiebstahls rechtmäßig? (*Seite 6*)
- Mietrecht: Wie mindert man die Wohnraummiete richtig? (*Seite 6 f.*)
- Aktuelle Urteile (*Seite 7 f.*)
- Kuriose Urteile und ähnliches (*Seite 8 ff.*)

### **Juristischer Spruch o.ä. zum Einstieg:**

*„Wer weiß, wie Gesetze und Würste zustande kommen,  
der kann nachts nicht mehr ruhig schlafen!“*

Otto Eduard Leopold Graf von Bismarck (seit 1871 Fürst von Bismarck - 1815-1898)  
preußisch-deutscher Staatsmann und erster Kanzler des Deutschen Reiches (1871-1890)

### **Schneeräum- und Streupflichten im Mietrecht:**

**1. Grundsätzliche Verkehrssicherungspflicht:** *„Verkehrssicherungspflichtig ist jeder, der eine Gefahrenquelle schafft, sei es, dass er sie selbst hervorruft oder in seinem Einflussbereich andauern lässt. Der Verkehrssicherungspflichtige hat erforderliche Sicherungsmaßnahmen zu treffen, damit sich potentielle Gefahren nicht zum Nachteil anderer auswirken können (so das OLG Hamm, Az.: 3 U 195/85, Urteil vom 02.02.1987). Diese sog. Verkehrssicherungspflicht gilt generell. Sie betrifft nicht nur die Streu- und Schneeräumpflicht bei Eis und Glätte im Winter, sondern auch die Beseitigung von sonstigen Gefahren, die zu Personen- oder Sachschäden führen können (z.B. herabfallende Äste von Bäumen oder herabfallende Gebäudeteile). „Die rechtlich gebotene Verkehrssicherung umfasst diejenigen Maßnahmen, die ein umsichtiger und verständiger, in vernünftigen Grenzen vorsichtiger Mensch für notwendig und ausreichend hält, um andere vor Schäden zu bewahren. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass nicht jeder abstrakten Gefahr vorbeugend begegnet werden kann. Eine Verkehrssicherung, die jede Schädigung ausschließt, ist im praktischen Leben nicht erreichbar. Deshalb muss nicht für alle denkbaren Möglichkeiten eines Schadenseintritts Vorsorge getroffen werden. Es reicht aus, diejenigen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, die ein verständiger, umsichtiger, vorsichtiger und gewissenhafter Angehöriger der betroffenen*

*Verkehrskreise für ausreichend halten darf, um andere Personen vor Schäden zu bewahren, und die ihm den Umständen nach zuzumuten sind“* (Bundesgerichtshof, Urteil vom 03.06.2008, Az.: VI ZR 223/07).

**2. Verkehrssicherungspflicht aus dem Mietverhältnis:** Dem Eigentümer eines Grundstücks obliegt die Verkehrssicherungspflicht für dieses. Durch eine Vermietung oder Verpachtung seines Eigentums wird der Eigentümer grundsätzlich nicht von der ihm obliegenden Verkehrssicherungspflicht befreit. Neben der generellen Verkehrssicherungspflicht trägt der Vermieter aus dem Mietvertrag gegenüber dem Mieter eine besondere Pflicht, Gefahren die durch mangelhaften Zustand der Mietsache entstehen könnten, abzuwenden. Diese Pflicht gilt auch gegenüber Personen, die ein Grundstück berechtigterweise (z.B. Besucher) oder in Ausübung ihres Berufes (z.B. Briefträger, Handwerker, Polizisten etc.) betreten.

**3. Übertragung der Streu- und Schneeräumpflicht auf den Mieter:** Nach der Rechtsprechung ist es zulässig, die bestehende Streu- und Schneeräumpflicht auf einen Mieter oder Pächter zu übertragen. Hierzu bedarf es aber grundsätzlich einer eindeutigen Vereinbarung zwischen Vermieter und Mieter (am besten schriftlich!). Das OLG Frankfurt (WM 1988, 399) ist der Ansicht, dass es für die Übertragung der Streu- und Schneeräumpflicht auf den Mieter ausreicht, wenn die diesbezügliche Verpflichtung des Mieters im Mietvertrag festgelegt wird oder eine entsprechende Klausel in der Hausordnung fester Bestandteil des vereinbarten Formularmietvertrages ist. Der Bundesgerichtshof geht ausnahmsweise davon aus, dass der Pächter einer Gastwirtschaft mit der Pacht des Gaststättenbetriebes stillschweigend die Pflicht übernimmt, ebenfalls für die Verkehrssicherheit der Zugänge zur Gaststätte zu sorgen (vgl. BGH, Urteil vom 02.10.1984, MDR 1985 S. 311). Es ist jedoch dringend davon abzuraten, in einem Formularmietvertrag oder in einem individuellen Mietvertrag nur auf die jeweilige Hausordnung zu verweisen, ohne dass diese vom Mieter gesondert unterschrieben worden ist. In diesen Fällen ist die bestehende Streu- und Schneeräumpflicht nicht wirksam auf den Mieter übertragen worden. Gleiches gilt für den Versuch eines Vermieters, seinen Mietern durch eine nachträgliche Änderung der Hausordnung die Streu- und Schneeräumpflicht aufzuerlegen. Die wirksame Übertragung der Verkehrssicherungspflicht auf einen anderen entlastet den Verkehrssicherungspflichtigen jedoch nicht völlig von der ihm obliegenden Verkehrssicherungspflicht. Der (ursprünglich) Verkehrssicherungspflichtige bleibt zur Überwachung des von ihm Beauftragten verpflichtet. Ein Vermieter muss daher in regelmäßigen Abständen kontrollieren, ob der Mieter seiner Streu- und Schneeräumpflicht auch wirklich nachkommt. Kommt er diesen Überwachungspflichten nicht nach, so haftet der Vermieter im Schadensfalle neben dem Mieter. Auch bei einer selbst erkannten oder erkennbaren (dringenden) Gefahrenlage muss der (ursprünglich) Verkehrssicherungspflichtige selbst Abhilfe schaffen. Der Hauseigentümer muss z.B. bei festgestelltem Glatteis auf dem Bürgersteig seines Hauses selbst streuen, wenn sein Mieter, dem er die Verkehrssicherungspflicht übertragen hat, der Streupflicht nicht nachkommt.

**4. Entstehen und Umfang der Streu- und Schneeräumpflicht:** Grundsätzlich entsteht die Streu- und Schneeräumpflicht erst bei einer konkreten Glatteisgefahr oder bei einsetzendem Schneefall. Es sind also keine Vorsorgemaßnahmen gegen eine nur drohende Vereisung oder Schnee zu treffen. Eine Verpflichtung

tung zum vorsorglichen Streuen besteht nur in den Fällen, in denen an einer gefährlichen Stelle mit einer Glatteisbildung zu rechnen ist.

**5. Zeitliche Begrenzung der Streu- und Räumungspflicht in örtlichen Satzungen:** Der zeitliche Umfang der Streu- und Räumungspflicht wird in den örtlichen Satzungen der Gemeinden geregelt. Nach der aktuellen Straßenreinigungssatzung der **Stadt Siegen** gelten nachfolgende **Streu- und Räumpflichten** im Stadtgebiet: Im Rahmen der Winterwartung sind die Gehwege in einer Breite von 0,80 m von Schnee freizuhalten. In der Zeit von **07.00 Uhr (an Sonn- und Feiertagen von 08.00 Uhr) bis 19.30 Uhr** sind Schnee und Glätte unverzüglich nach Beendigung des Schneefalles bzw. nach dem Entstehen der Glätte zu beseitigen. Nach der Ortsatzung der **Stadt Kreuztal** sind in der Zeit von **7.00 bis 20.00 Uhr** gefallener Schnee und entstandene Glätte unverzüglich nach Beendigung des Schneefalles bzw. nach dem Entstehen der Glätte zu beseitigen. Nach 20.00 Uhr gefallener Schnee und entstandene Glätte sind in Kreuztal werktags bis 8.00 Uhr, sonn- und feiertags bis 9.00 Uhr, des Folgetages zu beseitigen. Der Verkehrssicherungspflichtige ist generell dazu gehalten, das Streuen in angemessener Zeit zu wiederholen, wenn das Streugut seine Wirkung verloren hat. Mit dem Streuen ist so rechtzeitig zu beginnen ist, dass der vor dem allgemeinen Tagesverkehr liegende Hauptberufsverkehr geschützt wird. Erneutes Streuen darf unterbleiben, wenn vernünftigerweise alle Mittel wirkungslos wären (z.B. bei Eisregen). In Wohnungseigentumsanlagen obliegt den Wohnungseigentümern die Verpflichtung, Hauseingänge, Garagenzufahrten und angrenzende öffentliche Wege gemeinsam zu streuen.

**6. Verhinderung in der Ausübung der Streu- und Räumungspflicht:** Problematisch ist, wenn der Mieter infolge von Alter, Gebrechlichkeit oder Krankheit nicht in der Lage ist, seiner Streu- und Schneeräumverpflichtung nachzukommen. Im diesem Falle hat er dafür Sorge zu tragen, dass die Räum- und Streupflicht von einer anderen Person ausgeführt wird. Gleiches gilt für alle Diejenigen die wegen ihrer Berufstätigkeit oder sonstiger Tätigkeiten tagsüber nicht zu Hause sind. Über den Zeitraum ihrer Abwesenheit müssen sie für eine Vertretung sorgen (z.B. Vertretung durch Nachbarn). Wurde ein Mieter auf Grundlage des Gewaltschutzgesetzes seiner Wohnung verwiesen, bleibt seine Streu- und Schneeräumpflicht trotzdem bestehen. Eine gesteigerte Streu- und Schneeräumspflicht besteht bei denjenigen Grundstücken bei denen ein starker Besucherverkehr herrscht (z.B. Gaststätten, Ladenlokale etc.). Dort besteht nach der Rechtsprechung auch nach 20.00 Uhr noch eine Streu- und Schneeräumpflicht. Es besteht jedoch keine allumfassende Streu- und Schneeräumspflicht. Bei einem Glätteunfall auf einem Parkplatz, auf dem nach Tauwetter vereinzelt noch Schnee vorhanden ist, besteht keine Haftung des Verkehrssicherungspflichtigen. Hier hätte der Besucher auch um die Schnee herumgehen können.

**7. Kostenübertragung für Arbeitsgeräte und Streumaterial:** Hat ein Mieter die Streu- und Schneeräumspflicht übernommen, muss zusätzlich im Mietvertrag geregelt werden, wer die hierfür erforderlichen Arbeitsgeräte und das Streumaterial bezahlt. Wird mit der Übertragung der Streu- und Schneeräumspflicht auf den Mieter nicht gleichzeitig vereinbart, dass dieser auch das Streumaterial und die Arbeitsgeräte kaufen und warten muss, trägt grundsätzlich der Vermieter die diesbezüglichen Kosten.

**8. Wohin mit dem Schnee?** Dies stellt häufig ein großes Problem dar. Der Schnee ist auf dem Bürgersteig oder Radweg zur Fahrbahnseite zu lagern. Ist dies nicht möglich, ist der Schnee auf dem Fahrbahnrand so schmal wie möglich zu lagern. Der Fahr- und Fußgängerverkehr soll durch den lagernden Schnee nach Möglichkeit nicht gefährdet oder behindert werden. Die Einläufe zu Entwässerungsanlagen, Hydranten, Löschwasserentnahmestellen, Verschlussdeckeln, Versorgungsleitungen und den dazugehörigen Hinweisschildern sind stets von Eis und Schnee gut sichtbar freizuhalten.

**9. Haftungsfragen:** Wird die Streu- und Schneeräumspflicht vorwerfbar verletzt und tritt hierdurch ein Unfall mit Personen- oder Sachschaden ein, haftet der Verkehrssicherungspflichtige auf Schadensersatz und Schmerzensgeld. Verletzt sich ein Fußgänger, umfasst dessen Schadensersatzanspruch insbesondere den Ersatz seiner beschädigten Kleidung, seiner Fahrtkosten, seines Verdienstausfalls und seiner medizinischen Behandlungskosten. Der verletzte Fußgänger trägt jedoch die volle Beweislast dafür, dass eine nicht erkennbare Glätte herrschte oder dass Schnee auf dem Bürgersteig lag und ein Streuen oder Räumen an dieser Stelle durch den Verkehrssicherungspflichtigen erforderlich war. Wenn ein Fußgänger innerhalb der zeitlichen Grenzen der örtlichen Streu- und Räumspflicht (z.B. 07.00 – 19.00 Uhr) zu Fall kommt und sich dabei verletzt, spricht eine Vermutung (sog. Anscheinsbeweis) dafür, dass bei Beachtung der Verkehrssicherungspflicht der Unfall nicht geschehen wäre. Diese Vermutung kann jedoch der Verkehrssicherungspflichtige widerlegen.

#### **Welche Rechte und Pflichten hat man als Fitness- bzw. Sportstudiomitglied?**

**1. Vertragsabschluss:** Bei Abschluss des Vertrages sollte dieser sorgfältig durchgelesen werden. Die Vertragsdauer darf nicht länger als 2 Jahre betragen und die Kündigungsfrist nicht länger als 3 Monate. Man sollte auch auf versteckte Zusatzkosten (z.B. Kursgebühren und Servicepauschalen) achten.

**2. fristlose Kündigung:** Ein Vertrag kann auch vorzeitig wieder gekündigt werden (z.B. bei Erkrankung, Schwangerschaft, Umzug oder Beitragserhöhung).

**3. Getränke und Essen: Darf man sein eigenes Essen und Trinken mitnehmen?** *Essen:* kleine Snacks wie Energieriegel oder eine Banane dürfen nicht verboten werden. *Getränke:* Ein Verbot eigene Getränke mit in das Fitness- bzw. Sportstudio zu nehmen ist unwirksam. Dosen, Trinkpäckchen oder Glasflaschen können jedoch aus Sicherheitsgründen untersagt werden.

**4. MP3-Player etc.:** Das Fitness- bzw. Sportstudio darf die Benutzung von MP3-Playern etc. nicht untersagen. Jedoch darf Musik nur in einer solchen Lautstärke gehört werden, dass andere Mitglieder hiervon nicht gestört werden.

**5. Haftung:** Mitarbeiter/Inhaber des Fitness- bzw. Sportstudios sind dazu verpflichtet die Mitglieder über mögliche Gesundheitsschäden aufzuklären. Daher haften sie für leicht fahrlässig verursachte Gesundheitsschäden durch fehlerhafte Sportgeräte oder fehlerhafte Beratung.

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.ra-kotz.de/fitnessclub.htm>

**Verkehrsrecht - Winterzeit = Verkehrsunfallzeit**

Die Wahrscheinlichkeit im Winter in einen Verkehrsunfall verwickelt zu werden ist sehr hoch.

**I. Welche möglichen Schadensersatzansprüche hat man als Geschädigter?** 1. Reparaturkosten bis zur Höhe des sog. „Wiederbeschaffungswerts“ bzw. bis zur 130%-Grenze, 2. Sachverständigenkosten, 3. Anwaltskosten, 4. Abschleppkosten, 5. Mietwagenkosten, 6. Nutzungsausfallentschädigung, 7. Wertminderung des Fahrzeugs, 8. allg. Kostenpauschale (20,00 €- 30,00 €), 9. andere Sachschäden z.B. Zerstörung des Kofferrauminhalts, 10. Verdienstausschlag, 11. Schmerzensgeld, 12. Kinder-/Betreuungskosten, 13. Haushaltshilfe/Haushaltsführungsschaden, 14. entgangener Gewinn, 15. Arzt-/Behandlungskosten, 16. Finanzierungskosten Autokredit, 17. sonstige Kreditkosten, 18. Fahrzeugstandkosten, 19. Verlust einer Tankfüllung, 20. Fahrtkosten/Taxikosten für unfallbedingte Fahrten, 21. Kosten für ein neues Fahrzeugkennzeichen, 22. Abmeldekosten des Unfallfahrzeugs, 23. Anmeldekosten des Ersatzfahrzeugs.

**II. Unfall aufgrund schneebedeckter Fahrbahn:**

Erleidet ein Fahrzeugführer einen Verkehrsunfall aufgrund der Tatsache, dass die öffentliche Strasse nicht von Schnee bzw. Eis befreit worden ist, so haften die Gemeinden etc. hierfür in der Regel nicht. Ein Autofahrer muss im Winter mit plötzlich auftauchenden Gefahrenquellen (z.B. Schnee, Eis und Glätte) rechnen und sein Fahrverhalten hierauf entsprechend einstellen (OLG Bamberg, Beschluss vom 09.11.2009, Az.: 5 U 151/09).

Weitere Informationen finden Sie unter: [www.ra-kotz.de/verkehrsunfallsiegen.htm](http://www.ra-kotz.de/verkehrsunfallsiegen.htm)

**Arbeitsrecht - Fristlose Kündigung bei Beleidigung des Vorgesetzten oder eines Kollegen?**

Ein Arbeitsverhältnis kann vom Arbeitgeber fristlos nach § 626 BGB gekündigt werden, wenn ein Arbeitnehmer seine Vorgesetzten oder Kollegen grob beleidigt (z.B. „Du Ars...“, „faules Schw...“). Auch eine einmalige Ehrverletzung eines Vorgesetzten oder Kollegen ist kündigungsrelevant und umso schwerwiegender, je unverhältnismäßiger und je überlegter sie erfolgte. Der Arbeitnehmer darf auch keine Kunden des Arbeitgebers beleidigen. Die Beleidigung von Kunden ist sogar von besonderem Gewicht, weil der Arbeitnehmer hierdurch die Kundenbeziehung zum Arbeitgeber gefährdet und dadurch Arbeitsplätze im Betrieb des Arbeitgebers „aufs Spiel setzt“. Bei Ausspruch der Beleidigungen kann sich der Arbeitnehmer auch nicht auf sein Recht auf freie Meinungsäußerung berufen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung gibt dem Arbeitnehmer kein Recht dazu, Formalbeleidigungen, Schmähungen oder bewusst unwahre Tatsachenbehauptungen zu äußern. Der Ausspruch einer fristlosen Kündigung ist jedoch selbst bei groben Beleidigungen des Arbeitnehmers nicht immer rechtmäßig. Bei Pflichtverletzungen des Arbeitnehmers ist der Arbeitgeber zunächst dazu verpflichtet dem Arbeitnehmer eine Abmahnung auszusprechen. Eine Abmahnung ist in den Fällen angebracht, in denen das Arbeitsverhältnis für einen langen Zeitraum bestanden hat und bisher keine anderen arbeitnehmerseitigen Vertragsverletzungen aufgetreten sind. Die Arbeitsgerichte entscheiden in den Beleidigungsfällen einzelfallbezogen. Selbst Äuße-

rungen des Arbeitnehmers zum Vorgesetzten wie „Beweg doch selber deinen Ars..., du bist auch ein faules Schw...“ oder „Rassistenars...“ können als Augenblicksversagen angesehen werden, welche lediglich eine Abmahnung rechtfertigt. Es gibt somit keinen absoluten fristlosen Kündigungsgrund im Falle einer durch einen Arbeitnehmer ausgesprochenen Beleidigung.

### Arbeitsrecht: Kündigung eines Arbeitnehmers wegen Bagatelldiebstahl rechtmäßig?

Ein Arbeitsverhältnis kann vom Arbeitgeber fristlos nach § 626 BGB gekündigt werden, wenn ein Arbeitnehmer Arbeitgeber Eigentum unterschlägt oder entwendet. Nimmt der Arbeitgeber aufgrund eines Diebstahls oder einer Unterschlagung eine Kündigung vor, so ist eine solche Kündigung nur dann rechtmäßig, wenn es dem Arbeitgeber aufgrund des Diebstahls oder der Unterschlagung nicht mehr länger zumutbar ist, den Arbeitnehmer weiter zu beschäftigen (unter Umständen bis zum Ablauf der regulären Kündigungsfrist). Entwendet oder unterschlägt ein Arbeitnehmer Arbeitgeber Eigentum, verletzt er seine arbeitsvertraglichen Rücksichtnahmepflichten in einem erheblichen Maße und missbraucht das in ihn gesetzte Vertrauen. Nach der bisherigen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts war eine fristlose Kündigung in diesen Fällen in der Regel immer gerechtfertigt. Das Bundesarbeitsgericht ist nunmehr im sog. Fall „Emmely“ (Urteil vom 10.06.2010, Az.: 2 AZR 541/09) von seiner bisherigen Rechtsprechung abgewichen. Das Bundesarbeitsgericht ist nunmehr der Ansicht, dass bei einem Diebstahl oder einer Unterschlagung von geringwertigen Gütern (im Fall ein Pfandbon für 1,30 €) unter Umständen eine fristlose Kündigung unwirksam ist und das Verhalten des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber lediglich abgemahnt werden darf. Der Ausspruch einer Abmahnung ist in den Fällen angebracht, in denen das Arbeitsverhältnis für einen langen Zeitraum bestanden hat und keine anderen arbeitnehmerseitigen Vertragsverletzungen aufgetreten sind. Hat der Arbeitnehmer über langen Zeitraum für den Arbeitgeber beanstandungsfrei gearbeitet, so hat er ein hohes Maß an Vertrauen durch den Arbeitgeber erworben, welches durch den einmaligen Diebstahl oder die einmalige Unterschlagung von geringwertigen Gütern in der Regel nicht völlig zerstört wird.

### Mietrecht - Wie mindert man die Wohnraummiete richtig?

Nach dem Gesetzeswortlaut im Bürgerlichen Gesetzbuch mindert sich die Miete bei einer Beeinträchtigung der Gebrauchstauglichkeit der Mietsache angemessen. Ein Mietmangel führt zu einer Mietminderung der Bruttomiete. Dies gilt sowohl für die Wohnraummiete als auch für die Gewerberaummiete. Das bedeutet, dass die Mietminderung zwar von der Bruttomiete berechnet wird, dass aber die Betriebskostenvorauszahlungen in vereinbarter Höhe mit in die Abrechnung eingestellt werden müssen. Andernfalls müsste der Mieter die geminderte Miete - teilweise - als Betriebskostennachzahlung nachzahlen. **Beispiel:**

Grundmiete:	550,00 €
Betriebskostenvorauszahlung:	40,00 €
Heizkostenvorauszahlung:	60,00 €
Bruttowarmmiete:	650,00 €

Bei einer Mietminderung in Höhe von 20 % für die gesamte Wohnung bedeutet dies eine Minderung in Höhe von 130,00 € (= 20 % von 650,00 €). Um eine Betriebskostennachzahlung zu vermeiden **muss die Mietminderung wie folgt berechnet** werden:

Grundmiete (550,00 € - 130,00 €):	420,00 €
Betriebskostenvorauszahlung:	40,00 €
Heizkostenvorauszahlung:	60,00 €
Geminderte Bruttowarmmiete:	520,00 €

Bei unerheblichen Mietmängeln besteht kein Recht zur Mietminderung. Ein unerheblicher Mietmangel ist in der Regel dann gegeben, wenn der Fehler leicht erkennbar ist und mit geringem Kostenaufwand beseitigt werden kann (**Beispiele:** abgetretene Türschwellen; Unbenutzbarkeit des Balkons im Winter; Haarrisse in der Zimmerdecke). Selbstverständlich mindert sich die Miete nur solange der Mietmangel vorhanden ist. Ist der Mangel beseitigt, so endet das Recht zur Mietminderung. Dabei ist es unerheblich wer den Mietmangel beseitigt hat. Wenn der Mieter den Mietmangel selbst beseitigt, endet das Recht zur Mietminderung ebenfalls. Der Mieter kann jedoch in diesen Fällen einen Aufwendungsersatz- und/oder Schadensersatzanspruch gegenüber dem Vermieter geltend machen.

#### **Aktuelle Urteile/Gesetze/Tabellen:**

**Weihnachtsgeld – Anspruch des Arbeitnehmers:** Zahlt ein Arbeitgeber über mehrere Jahre (mind. 3 Jahre) hinweg Weihnachtsgeld an seine Arbeitnehmer, so entsteht diesbezüglich eine sog. „betriebliche Übung“. Diese betriebliche Übung gilt selbst dann, wenn im Arbeitsvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart worden ist, dass die Zahlung von Gratifikationen freiwillig und ohne jede rechtliche Verpflichtung erfolgt (Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 08.12.2010, Az: 10 AZR 671/09). Will ein Arbeitgeber einen Freiwilligkeitsvorbehalt hinsichtlich der Zahlung von Gratifikationen mit seinen Arbeitnehmern in den Arbeitsverträgen vereinbaren, muss diese Klausel eindeutig sein und darf keinen Raum für Auslegungen lassen.

**Betriebsrente – Anrechnung der gesetzlichen Rente bei vorzeitigem Ruhestand:** Geht ein Arbeitnehmer vorzeitig in den Ruhestand, so ist bei der Berechnung der Betriebsrente die abschlagsfreie gesetzliche Rente zugrunde legen, die er bei Erreichen der Rente erhalten hätte (Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 30.11.2010, Az: 3 AZR 747/08).

**Geschwindigkeitsüberschreitung und Zeugnisverweigerungsrecht:** Begeht ein Fahrzeugführer der auch Fahrzeughalter ist, eine Geschwindigkeitsüberschreitung, so steht ihm ein Zeugnisverweigerungsrecht gegenüber der jeweiligen Ordnungsbehörde zu. Das gleiche gilt für einen Fahrzeughalter, wenn ein naher Angehöriger als Fahrzeugführer eine Geschwindigkeitsüberschreitung begeht. Muss aufgrund des ausgeübten Zeugnisverweigerungsrechtes ein Bußgeldverfahren eingestellt werden, weil der Fahrer des Fahrzeugs nicht ermittelt werden kann, kann die zuständige Behörde dem Fahrzeughalter bei erheblichen Geschwindigkeitsverstößen (z.B. bei erheblichen Geschwindigkeitsverstößen mit Fahrverbot) eine Fahrbuchauflage auferlegen. Das ausgeübte Zeugnisverweigerungsrecht des Fahrzeughalters schließt die

Erteilung einer Fahrtenbuchauflage nicht aus (Verwaltungsgericht Mainz, Beschluss vom 22.11.2010, Az.: 3 L 1381/10.MZ).

**Neue Düsseldorfer Tabelle - Tritt zum 01.01.2011 in Kraft:** Der Selbstbehalt beim Kindesunterhalt beim erwerbstätigen Unterhaltspflichtigen steigt um 50,00 Euro auf nunmehr 950,00 Euro monatlich. Hinsichtlich des Ehegattenunterhalts steigt der Selbstbehalt des Unterhaltspflichtigen ebenfalls um 50,00 Euro auf 1.050,00 Euro monatlich. Beim Elternunterhalt steigt der monatliche Selbstbehalt von 1.400,00 Euro auf 1.500,00 Euro.

### **Kuriose Urteile:**

#### **1. Schmerzensgeld bei Beleidigung durch Nachbarn? - LG Coburg, Beschluss v. 27.08.2007, Az.: 33 S 60/07**

**Leitsatz:** Wird man von einem/einer Nachbarn/Nachbarin bei einer verbalen Auseinandersetzung beleidigt, so hat man nur dann einen Anspruch auf Schmerzensgeld, wenn durch die ausgesprochene Beleidigung eine erhebliche Verletzung des allg. Persönlichkeitsrechts begangen wurde.

**Sachverhalt:** Zwei Mieterinnen eines Mehrparteienhauses konnten sich bereits seit längerer Zeit nicht mehr leiden und es kam eines Tages zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen den Mieterinnen. Im Laufe der Auseinandersetzung verwandte eine Mieterin die Begriffe: „Abschaum“, „Klauerin“ und „blöde Kuh“. Die andere Mieterin fühlte sich durch diese Worte beleidigt und erstattete daraufhin Strafanzeige. Ferner verklagte sie ihre Mietmieterin auf ein Schmerzensgeld in Höhe von 1.250 €. Das Amtsgericht und Landgericht Coburg empfanden die verwendeten Worte nicht so schlimm und wiesen die Klage ab.

**Entscheidungsgründe:** Im vorliegenden Fall sahen die Richter die ausgesprochenen Beleidigungen nicht als erheblich an. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs begründet eine Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts dann einen Anspruch auf eine Geldentschädigung, wenn es sich um einen schwerwiegenden Eingriff handelt und die Beeinträchtigung nicht in anderer Weise befriedigend ausgeglichen werden kann. Das hängt insbesondere von der Bedeutung und Tragweite des Eingriffs, ferner von Anlass und Beweggrund des Handelnden sowie von dem Grad seines Verschuldens ab. Diese Voraussetzungen sahen die Richter im vorliegenden Fall nicht als gegeben an.

#### **2. Der „Eigenbedarfsschnarcher“ - LG Koblenz, Az.: 14 S 216/98**

**Leitsatz:** Ein Vermieter kann einem Mieter wegen Eigenbedarfs kündigen, wenn er oder seine Ehefrau im Schlaf schnarchen und deshalb ein weiteres Schlafzimmer benötigen.

**Sachverhalt:** Der Mieter bewohnte im Haus des Vermieters eine Zweizimmerwohnung. Der Vermieter kündigte das Mietverhältnis mit dem Mieter wegen Eigenbedarfs. Er begründete die Eigenbedarfskündigung damit, dass er seit 1 ½ Jahren unter chronischem Schnarchen leidet und seine Ehefrau daher ein eigenes Schlafzimmer benötigt. Das Amtsgericht Sinzig und das Landgericht Koblenz bestätigten die ausgesprochene Eigenbedarfskündigung des Vermieters.

#### **3. Zwölf Vornamen für ein Kind - BVerfG, Beschluss vom 28.01.2004, Az. 1 BvR 994/98**

**Leitsatz:** Eltern dürfen ihrem Kind keine 12 Vornamen geben.



**Sachverhalt:** Eine Mutter wollte ihrem Sohn im vorliegenden Fall 12 Vornamen geben. Die 12 Vornamen des Sohnes sollten wie folgt lauten: „Chenekwahow Tecumseh Migiskau Kioma Ernesto Inti Prithibi Pathar Chajara Majim Henriko Alessandro“. Jedoch weder die zuständige Behörde noch die angerufenen Gerichte hatten für die Anzahl der von der Mutter gewählten Vornamen Verständnis. Sie gaben der Mutter zu bedenken, dass die Vielzahl der Vornamen auch eine Belastung für ihr Kind darstellen könnte. Dies sah die Mutter jedoch anders. Sie rief daher das Bundesverfassungsgericht an.

**Entscheidungsgründe nach dem BVerfG:** Das Recht der Eltern, Sorge für ihr Kind zu tragen, umfasst auch das Recht, ihrem Kind einen Namen zu geben. Die Entscheidung, welchen Namen es tragen soll, haben die Eltern in Ausübung der Verantwortung für das Kind zu treffen. Dies betrifft auch die Wahl eines Vornamens, der ausschließlich der Individualität einer Person Ausdruck verleiht, den Einzelnen bezeichnet und diesen von anderen unterscheidet. Es ist zuerst Aufgabe der Eltern, ihrem Kind in freier gemeinsamer Wahl einen Namen zu bestimmen, den es sich selbst noch nicht geben kann, wobei sie mangels einschlägiger Bestimmungen im Namensrecht in der Wahl des Vornamens grundsätzlich frei sind. Diesem Recht der Eltern zur Vornamenswahl für ihr Kind darf allein dort eine Grenze gesetzt werden, wo seine Ausübung das Kindeswohl zu beeinträchtigen droht. Der Staat ist in Wahrnehmung seines Wächteramtes nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2 GG nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, das Kind als Grundrechtsträger vor verantwortungsloser Namenswahl durch die Eltern zu schützen. Für einen darüber hinausgehenden Eingriff in das Elternrecht auf Bestimmung des Vornamens für ihr Kind bietet Art. 6 Abs. 2 GG keine Grundlage.

#### **4. Duzen am Arbeitsplatz? - Landesarbeitsgericht Hamm, Urteil vom 29.07.1998, Az.: 14 Sa 1145/98**

**Leitsatz:** Widerspricht ein Arbeitnehmer dem betrieblichen Verhaltenskodex des „Duzens“ unter Arbeitskollegen über einen längeren Zeitraum nicht, so wird dieser fester Bestandteil des Arbeitsvertrages des Arbeitnehmers und der Arbeitnehmer hat keinen Anspruch darauf, wieder gesiezt zu werden.

**Sachverhalt:** Ein 45-jähriger Mitarbeiter eines schwedischen Bekleidungsunternehmens klagte gegen seinen Arbeitgeber, weil er nicht mehr geduzt werden wollte. Das Bekleidungsunternehmen hatte das Geschäft, in dem der Kläger als Abteilungsleiter der Herrenoberbekleidung arbeitete und in dem er stets korrekt gesiezt wurde, übernommen. Unter Hinweis auf die jüngere Kundschaft, ein gelockertes Arbeitsklima und den Abbau von Hierarchien und von Statussymbolen, verlangte das schwedische Unternehmen von seinen Mitarbeitern, sich zu duzen und hierbei den Vornamen zu verwenden. Weder der Betriebsrat noch der Kläger widersprachen dieser Änderung des Verhaltenskodexes. Der Kläger verlangte sodann nach 22 Monaten - aufgrund innerbetrieblicher Auseinandersetzungen - wieder gesiezt zu werden. Er behauptete, durch das Duzen werde er in seinem Persönlichkeitsrecht verletzt. Das LAG Hamm wies die Klage ab.

**Entscheidungsgründe:** Das Gericht führt in seinem Urteilsgründen aus, dass dem Kläger zwar darin gefolgt werden kann, dass gerade im Angestelltenbereich ein allgemeines Duzen von Kollegen und Vorgesetzten nicht üblich ist. Jedoch wurde das „Duzen“ als betrieblicher Verhaltenskodex fester Bestandteil des Arbeitsvertrages des Klägers, so dass er keinen Anspruch mehr darauf hat, wieder gesiezt zu werden.

**5. Hexenzauber ist keine Leistung - LG München I, Az.: 30 S 10495/06**

**Leitsatz:** Ein Vertrag über einen potentiell wirksamen „Liebeszauber“ ist auf eine objektiv unmögliche Leistung gerichtet. Ein solcher Vertrag kann nicht wirksam geschlossen werden.

**Sachverhalt:** Ein Paar trennte sich voneinander. Die ehemalige Lebensgefährtin wollte sich jedoch mit der Trennung nicht abfinden und mit ihrem ehemaligen Lebensgefährten wieder zusammenfinden. Sie beauftragte daher eine Dame, die sich selbst als Hexe bezeichnete, mit der Durchführung eines Liebeszaubers und zahlte hierfür einen Betrag in Höhe von 1.000 Euro. Leider misslang der Liebeszauber trotz monatelanger Wiederholung. Daraufhin verlangte die ehemalige Lebensgefährtin den gezahlten Betrag von der Liebeszauberin zurück und führte aus, ihr sei von dieser „ein Erfolg“ garantiert worden. Die Liebeszauberin verweigerte jedoch die Rückzahlung und führte aus, dass der Liebeszauber nicht in jedem Fall zum Erfolg führt. Einen Erfolg habe sie auch nicht garantiert. Sowohl das Amtsgericht München noch das Landgericht München hatten ein Verständnis für die „Zauberei“.

**Entscheidungsgründe:** Die Liebeszauberin wurde von beiden Gerichten zur Rückzahlung des erhaltenen Zauberlohns verurteilt, da der Zaubervertrag der Parteien auf eine Leistung gerichtet war, die objektiv nicht zu erfüllen ist. Hierbei spielt es auch keine Rolle, ob die Liebeszauberin einen Liebeserfolg garantiert hatte oder nicht. Da die Liebeszauberin die von ihr versprochene Leistung objektiv nicht erbringen kann, musste sie den Liebeszauberlohn wieder zurückzahlen.

**6. Aussage eines unfallbeteiligten Fahrzeugführers vor Gericht - AG München, Az.: 28 C 3374/86**

Unfallbeteiligte Fahrzeugführer räumen nach Auffassung eines Richters des Amtsgerichts München, welcher über Verkehrsunfälle zu richten hatte, nie einen Fahrfehler ein. Diese seien offenbar „*ein Menschenschlag, dem Fehler grundsätzlich nie passieren*“. Das ein unfallbeteiligter Fahrzeugführer vor Gericht einen Fehler eingesteht, sei daher nahezu ausgeschlossen: „*Wenn dies einmal tatsächlich passieren sollte, dann müsste man schlicht und einfach von einem Wunder sprechen*“. Er führte daher im oben genannten Urteil aus: „*...Wunder kommen aber in der Regel nur in Lourdes vor, wenn beispielsweise ein Blinder wieder sehen kann oder ein Lahmer wieder gehen kann, oder aber in Fatima, wenn sich während der Papstmesse eine weiße Taube auf den Kopf des Papstes setzt und sogar in den dortigen Gegenden sind Wunder ziemlich selten, in deutschen Gerichtssälen passieren sie so gut wie nie, am allerwenigsten in den Sitzungssälen des AG München. ... Möglicherweise liegt das daran, dass der liebe Gott, wenn er sich zum Wirken eines Wunders entschließt, gleich Nägel mit Köpfen macht und sich nicht mit einem banalen Verkehrsunfall beschäftigt....*“ Nach diesen Ausführungen folgte dann die Feststellung, „*.....was die Zeugenaussage eines Fahrers eines unfallbeteiligten Fahrzeuges vor Gericht wert ist: nämlich gar nichts....*“. Bei fast allen anderen Richtern hat die Aussage eines unfallbeteiligten Fahrzeugführers hingegen einen Wert.

*Ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Jahr 2011  
wünschen Ihnen die Rechtsanwälte Hotz nebst Kanzlei-Team!*